



3. **Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) und 6 Mitunterzeichnende "Unbefristete Fortführung der Ombudsstelle" / Beantwortung** **GR Geschäft Nr. 218/2017**

Stellungnahme Tanja Walliser (SP/Grüne)

Die Mitunterzeichnenden und ich haben diese Interpellation eingereicht, da wir der Meinung waren, dass es ganz klar sei, dass diese Ombudsstelle eine wichtige Funktion erfülle und diese auch rege genutzt werde. Wir sind auch klar der Meinung, dass es wichtig ist, dass diese Arbeit weitergeführt wird. Ich möchte an dieser Stelle dem Ombudsmann Anton Frauenfelder auch ganz herzlich danken für seine wichtige Arbeit. Ich kann es kurz machen: Wir haben uns dementsprechend über die Antwort des Stadtrates gefreut, die besagt, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass man diese Arbeit nach der Versuchsphase weiterführen solle. Es freut uns, dass hier dieser Druck etwas genützt hat. Für uns ist klar, dass dies ein wichtiger Punkt ist, damit sich die Leute weiterhin melden können, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen, sei dies auf dem Sozialamt oder wenn sie sonst Fragen oder Anliegen haben an die Verwaltung. Es ist aber deswegen noch nicht alles einfach gut, gerade beim Sozialamt wünschen wir uns weiterhin, dass dort eine Professionalisierung in Angriff genommen wird. Wir haben gesehen, dass dort weiterhin Personen gesucht werden, die keine Ausbildung in diesem Bereich haben. Wir werden daran bleiben, aber finden es wirklich gut, wenn die Ombudsstelle so weitergeführt wird. Nur noch eine kurze Nachfrage: Es steht in der Antwort, dass noch unklar sei, in welcher Form diese Arbeiten weitergeführt werden. Hierzu würde mich interessieren, ob es in der Zwischenzeit schon genauere Vorstellungen oder Ideen gibt.

Stellungnahme Stadtrat

Keine

Allgemeine Diskussion

Orlando Wyss (SVP)

Die Ombudsstelle wurde in Zusammenhang mit der Stimmungsmache gegen das Dübendorfer Sozialamt von linker Seite gefordert. Um die Situation zu beruhigen, wurde diese Ombudsstelle eingerichtet. Sie wurde häufig genutzt. Als positiver Aspekt kann man festhalten, dass die Dübendorfer Verwaltung in allen Abteilungen gut funktioniert. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort zur vorliegenden Interpellation, dass die Anfragen nach anfänglicher Nutzung nun in letzter Zeit etwas zurückgegangen seien. Aus diesem Grund erachtet es die SVP nicht als zielführend, eine eigene Ombudsstelle in Dübendorf zu betreiben. Wir können uns eine Lösung vorstellen, nach welcher sich Dübendorf an die kantonale Ombudsstelle anschliesst. Die wenigen Fälle, die in Zukunft anfallen werden, können diesem Gremium überlassen werden. Wir bitten den Stadtrat bei seiner Prüfung der Weiterführung der Ombudsstelle, dies mit zu berücksichtigen.

Hinweis des Gemeinderatspräsidenten Sandro Bertoluzzo (FDP)

Es sind mittlerweile 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Patrick Schnider (SP)

Überall wo gearbeitet wird, geschehen Fehler. Dies ist nur menschlich und lässt sich in den meisten Fällen leider nicht verhindern. An sehr vielen Orten ist es auch nicht so tragisch, wenn mal ein kleiner Fehler passiert. Bei gewissen Themen, besonders auch auf dem Sozialamt, wo im Extremfall Existenzen auf dem Spiel stehen können, ist es wichtig, dass man mit Fehlern richtig umgehen kann und diese auch dementsprechend klären kann. In diesem Sinn erachten wir es als sehr wichtig, dass es weiterhin eine Anlaufstelle gibt, für all jene die aus irgendeinem Grund nicht zufrieden sind mit der



Behandlung, die sie erfahren haben. Diese Anlaufstelle soll möglichst niederschwellig zugänglich sein. Denn gerade für eine Person, die an einem schwierigen Punkt im Leben steht und vor existenziellen Problemen steht, ist es heute nicht immer ganz einfach gegen diesen – gefühlt übermächtigen Staat, gegen die Verwaltung mit allen Juristen im Hintergrund – so als Einzelperson anzutreten. Deshalb ist es wichtig, dass solche Angebote bestehen, an die sich die Leute wenden können. In welchem Rahmen diese Angebote angeboten werden, ist daher auch gar nicht so wichtig. Der Vorschlag, den wir gehört haben, sich der kantonalen Ombudsstelle anzugliedern, finde ich durchaus eine gute Idee. Trotzdem denke ich ist es wichtig, dass man dieses Thema unterstützt und dem Stadtrat überlässt, wie er es umsetzen will, solange es weiterhin eine Anlaufstelle gibt.

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin